

Lohnabbau abgewehrt!

Kampfstimmung an Rhein/Ruhr. Sachens Papierarbeiter rüsten. Pflichtarbeiterstreik

Die Firma Bergisches Eisenwerk kündigte am 10. Dezember, nachdem bereits mehrere Male der Lohn für die Metallarbeiter abgebaut worden war, einen weiteren Lohnabbau von 10 Prozent an. Die Belegschaft ließ sofort der Firma mitteilen, daß sie einen weiteren Lohnabbau nicht dulden werde. Nach kurzer Verhandlung sah sich die Firma gezwungen, eine bindende Erklärung abzugeben, wonach sie auf den neuen Lohnabbau verzichtet.

Die Tatsache, daß allein durch die einmütige geschlossene Zurückweisung des Lohnabbauversuches durch die Belegschaft der Unternehmer vor neuen Scharfmachermassnahmen zurückschreckt, hat gerade in dieser Situation große Bedeutung. Die Bildung einer geschlossenen roten Einheitsfront in den Betrieben ist die Garantie des Sieges über faschistische Scharfmacherpläne.

Metallarbeiterstreik im Ruhrgebiet

Die Belegschaft der Unterkettenfabrik Koener in Dortmund trat geschlossen in den Streik. Die Unternehmer wollten einen Lohnabbau vornehmen. Die Belegschaft in Stärke von 200 Mann wählte sich eine eigene Streikleitung und trat in den Streik.

Sachens Papierarbeiter in Abwehr

Vorbereitender Kampfausschuss bei Valentinpapierfabrik, Benig
Am Montag fand eine vom roten Fabrikarbeiter-Verband

einberufene Belegschaftsversammlung statt, die zu dem bevorstehenden Lohnabbau in der sächsischen Papierindustrie Stellung nahm. Die Unternehmer fordern nicht weniger als 18 Prozent Lohnabbau. Nach einem kurzen Referat des Vorsitzenden, Gen. Weigand über die Lage in der Papierindustrie, wurde nach einer lebhaften Diskussion, an der sich ein Vertreter der Erwerbslosen sowie ein Naziprolet beteiligte, ein vorbereitender Kampfausschuss gewählt. Der Kampfausschuss setzt sich zusammen aus 8 KGD-Kollegen, 3 freigewerkschaftlich organisierten Kollegen und 2 Naziproleten. Wo bleiben die anderen Papierbetriebe? Nehmt auch an Benig ein Beispiel! Organisiert sofort Belegschaftsversammlungen, wählt vorbereitende Kampfausschüsse!

600 Pflichtarbeiter streifen

Rhein, 14. Dezember

Den Pflichtarbeitern in Porz wurde gelegentlich eines Unterstühungsabzuges in Höhe von 10 Prozent im Sommer d. J. versprochen, daß ihnen im Winter diese 10 Prozent wieder gewährt werden. Als die Pflichtarbeiter jetzt die Auszahlung der 10 Prozent forderten, wurden sie abgewiesen. Gestern haben sie eine Streikleitung gewählt und sind für ihre Forderungen in den Streik getreten.

Terrorfreiheit für Nazibanden

Nazisprengeattentat gegen SPD-Worker

Frecher Ueberfall auf Mitgliederversammlung in Torgau. Zwickauer Polizist läßt die Nazis mit Uniform und Standarten demonstrieren

Torgau, 14. Dezember (Eig. Meldung)

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag verübten Nazis ein Sprengstoffattentat auf die Mitgliederversammlung der SPD und des Reichsbanners. Während der dort stattfindenden erregten Diskussion der SPD über die Notverordnung und ihrer Auswirkungen erschall plötzlich eine furchtbare Explosion. Sämtliche Fensterscheiben wurden zertrümmert. Im Saale brach eine Panik aus. Bei Nachprüfung der Urliste stellte es sich heraus, daß Nazis mehrere mit Schwarzpulver gefüllte Patronen an den Fenstern angebracht und entzündet hatten. Die Banditen hatten rechtzeitig die Flucht ergriffen. Die Empörung unter der Torgauer Arbeiterschaft über dieses freche Attentat ist außerordentlich groß.

Am Tage nach der Verkündung der Notverordnung knallten Nazis einen Berliner kommunistischen Arbeiter auf offener Straße nieder. Zwei Tage später verübten Hitlerbanden einen Feuerüberfall auf eine Gastwirtschaft. Jetzt hat dies Sprengstoffattentat gegen Arbeiter der SPD und des Reichsbanners — und nur gegen Arbeiter richtet sich der Terror! — ein neues Glied in die Kette des offenen blutigen Terrors der Banden des „Dritten Reiches“ eingelagert. So haben sich die Nazis in der Republik der Brüning, Goerner und Severing.

Wie weit die Dinge in Siedel-Sachsen geblieben sind, dafür zeugt ein anderes ungeheuerliches Beispiel. Am Donnerstag, also zwei Tage nach Erlass der Notverordnung, konnten die Nationalsozialisten mit ausdrücklicher Genehmigung der Polizei in Zwickau in voller Uniform, mit Kapelle, Feldzeichen und Fahnen, von allen Seiten geschützt durch Polizeikraftwagen aufmarschieren.

Diese Vorgänge sind eine ernste Mahnung an die gesamte Arbeiterschaft, insbesondere an die Proletariat der SPD und des Reichsbanners. Nur eine Antwort, nur ein Echo kann der Bluteldung der faschistischen Terrorbanden finden; eine breite, proletarische rote Einheitsfront, die unter revolutionärer Führung den faschistischen Kapitalistengebilden einen Damm entgegen setzt, an dem ihre Mordoffensive zerbrechen muß. Für diese Einheitsfront wird unsere Partei und unsere Presse, an dieser Einheitsfront wird der Faschismus zerbrechen. Gerade deshalb müssen sich die SPD-Worker gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern eintragen in die Listen zum roten Volksbegehren der SPD. Sie dürfen sich nicht täuschen lassen von der Hege ihrer Führer und der scheinbaren Beteiligung der Nazis. Die SPD will klare Fronten auch in Sachsen schaffen. In diesem Sinne führt sie die außerparlamentarische Massenmobilisierung durch zur Bekämpfung des Siedel-Landtages und seines Kabineffets. Gerade im Zeichen des Naziterrors und der neuen Notverordnung, der schärfsten Massenbelastung durch die kapitalistischen Regierungen muß als erster Protest die Massenbeteiligung an roten Volksbegehren erfolgen. Noch ist es Zeit! Heute noch muß man sich einzeichnen in die Listen zum roten Volksbegehren.

Echt Adolf Hitler

Er verlangt für jedes Wort Volksverrat 1 Dollar

Der amerikanische Zeitungszensur Hearst richtete an Adolf Hitler das Ersuchen, in der Nacht zum Sonnabend eine Rede vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu halten. Diese Rede sollte mittels Fernsprecher nach England und von da durch drahtlose Telephonie auf den amerikanischen Rundfunk nach sämtlichen Sendern der Vereinigten Staaten, Kanada und Me-

xiko übertragen werden. Die Hearst-Presse hatte Adolf Hitler mehrere tausend Dollar angeboten. Die amerikanische Regierung war mit dem Plan der Rundfunkübertragung durchaus einverstanden, in der Hoffnung, daß Adolf Hitler auch öffentlich beunruhigt würde, alle ausländischen Reiseschulden prompt zurückzahlen. Wenn es diesmal nicht zu dieser öffentlichen Rede kam, so lag das weniger an der amerikanischen Regierung, sondern an der deutschen Regierung, die Hitlers Rundfunkrede verbot.

Wieder ein „Hochverratsprozeß“

Reichsgericht und antilobschewitsche Propaganda

In Leipzig hat der Hochverratsprozeß gegen eine Anzahl sächsischer Arbeiter begonnen, dessen Aufmachung durch die bürgerliche und SPD-Presse den Zweck deutlich genug zeigt: Das Bekenntnis zu den Theesen der kommunistischen Internationale soll prinzipiell unter Strafe gestellt werden, Verteidigungsmassnahmen der deutschen Arbeiter zum Schutze der Sowjetunion vor einer imperialistischen Intervention ebenfalls.

Prozeß Wagner und Genossen... wird vom Reichsgerichtsvorsitzenden Dr. Baumgarten geführt, der durch „Information“ der bürgerlichen und SPD-Presse noch vor Beginn der Verhandlung seine Einstellung deutlich genug demonstriert. Genosse Wagner, der aus dem Lager der bürgerlichen Jugendbewegung zur proletarischen Massenfront gestoßen ist, soll als Hauptangeklagter für sein Bekenntnis zum Kommunismus büßen. Jugendgenossin Goller, die von der sozialdemokratischen Jugendbewegung zur Jugend Karl Liebknechts ging, wird als „Diebin“ militärischer Dokumente bezeichnet. Die anderen Angeklagten stehen ebenso fest wie diese beiden zum Programm der Komintern, von denen besonders die Antikriegsthesen dem Reichsgericht nicht gefallen. Der bekannte Nachrichtenendienst der SPD, der völlig offen arbeitet, wird ebenso wie die Agitpropabteilungen als „Instrument zur Vorbereitung des Umsturzes bezeichnet“. Die Angeklagten sind bereits dadurch, daß sie sich als Funktionäre der SPD bezeichnen, in den Augen des Reichsgerichts strafwürdig. Pläne zur Verteidigung der Sowjetunion vor der Gefahr der kapitalistischen Intervention sind selbstverständlich — Hochverrat — für dieses Reichsgericht. Wenn die Angeklagten zu diesen Fragen sprechen, werden sie oft scharf unterbrochen von Vorsitzenden, zu diesen Fragen machen Polizeikommissare Aussagen — belastende natürlich. Und die bürgerliche Journaille reißt sich die Hände... Das republik-

antische Reichsgericht erfüllt seine vaterländische Pflicht — Hitler hat wieder „Material“ zur Anbiederung bei den ausländischen Kapitalisten.

SPD-Funktionär kommt zur SPD

Die Sendewich-Partei ist eine Stütze der SPD-Tolerierungspolitik

In Witten ist der dort bekannte SPD-Funktionär Gradowski zur SPD übergetreten. Er gab eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Wie schwach sich die Führer der SPD fühlen, das zeigt Tatsache, daß man allen Mitgliedern der SPD verbot, mit Kommunisten zu diskutieren. Das zeigte mir, daß die SPD mit allen Mitteln gegen die rote Einheitsfront des Proletariats kämpft und damit die Tolerierungspolitik der SPD häßt. Wo bleibt nun der SPD angekündigte Einheitsfrontspolitik? Wie bleibt die Partei, die die Verhinderung jeder proletarischen Einheitsfront als ihre Hauptaufgabe betrachtet? Die Arbeiter, die sich der SPD angeschlossen haben, wollen eine starke revolutionäre Einheitsfront. Mehr und mehr kennen sie, daß nur die kommunistische Partei die Führer des Proletariats sein kann. Ich bin gewiß, daß meinem Schritt weitere SPD-Worker folgen werden.“

Auch wir sind überzeugt, daß die Arbeiter, die jetzt nach SPD-Führern folgen, sehr rasch zur roten Einheitsfront kommen werden.

Genosse Edert tritt aus dem Kirchenamt dienst entlassen

Am 11. Dezember verhandelte in Mannheim das Kirchenamt Dienstgericht gegen den Genossen Edert. Das Gericht folgendes Urteil:

„Pfarrer Erwin Edert wird aus dem Kirchenamt entlassen mit Wirkung des Verlustes der Amtsbezeichnung, Einkommens, sowie des Anspruchs auf Ruhegehalt und Altersversorgung. Zugleich wird ihm das Recht zur Teilnahme an Amtshandlungen unterzogen. Die Kosten des Strafverfahrens fallen ihm zur Last.“

In der Begründung dieses Urteils heißt es wörtlich: „Unmöglich ist für die Kirche ein Pfarrer, der zur kommunistischen Partei als revolutionärer Marxist gegangen ist für sie agitiert.“

Genosse Edert hat darauf die einzig richtige Antwort gegeben, er hat seinen Austritt aus der evangelischen Kirche erklärt. Gleichzeitig erklärte der Genosse Edert seinen Austritt aus dem Bund der religiösen Sozialisten, dessen Leitung ja bekanntlich die SPD-Politik durchführt.

Das Urteil gegen Pfarrer Edert wird in breiten Kreisen des werktätigen Volkes größtes Aufsehen erregen. Wie Edert, die noch der Kirche angehören, sehen nun klar die Entlassungnahme der führenden Organe der Kirche. Sie werden durch die sich ergebenden Konsequenzen gehen und dem Genossen Edert folgen.

Nazi-Angriff und Börsenzeitung erlaubt Rote Fahne bleibt verboten!

Am Tage der Verkündung der Notverordnung verbot der SPD-Polizeipräsident Berlins das Zentralorgan der SPD, die Rote Fahne, weil sie aufzählte, was die Notverordnung den Arbeitern zu sagen verbiete. Um diese Maßnahme vor den SPD-Workern zu rechtfertigen „verbot“ man den Goebbels-Angriff und die deutschnationale Börsenzeitung.

Am 12. Dezember konnte bereits Börsenzeitung und Nazi-Angriff wieder erscheinen. Herr Severing, der sozialdemokratische Innenminister Preußens, hatte nach einem Tag das Verbot für die sächsischen Zeitungen aufgehoben.

Die Rote Fahne blieb verboten

SPD-Worker! Hier steht ihr die wahren Wegbereiter des Faschismus. Das ganze arbeitende Volk erkennt jetzt in welcher Front sich die SPD-Führer befinden.

Die kommunistische Partei und ihre Presse steht im Mittelpunkt des Hasses und der Angriffe aller Feinde des arbeitenden Volkes. Zu ihrer Verteidigung und Stärkung müssen sich alle zusammenschließen, die zum Kampf gegen Not und Reaktion, Kapitalistokratie und Faschismus bereit sind. Beantwortet die Angriffe auf die kommunistische Presse auf eure Organe, mit

Massenwerbung für die SPD, die Arbeiterstimme und das Volksecho!

Zur Handhabung des Flugblattverbotes

Eine Mitteilung des Reichsinnenministeriums

Wie die „Chemnitzer Volksstimme“ am 11. Dezember mitteilt, hat sich das Sekretariat der sozialdemokratischen Reichsregierung wegen der Auslegung der Notverordnung über Flugblattverbreitung an den Reichsinnenminister gewandt und daraufhin vom Reichsinnenministerium folgende Antwort erhalten:

„Das Verbot zur Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugchriften in der vierten Notverordnung des Reichspräsidenten beschränkt nur jede Art der Verbreitung auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen. Eine Verbreitung liegt nur vor, wenn die Schrift dem auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen befindlichen Publikum sichtbar gemacht wird. Die Zustellung von Plakaten, Flugblättern und Flugchriften in die Wohnungen und Betriebe (z. B. durch die Post oder durch Einwurf in Briefkästen) ist jede andere Art der nichtöffentlichen Verbreitung ist also wie vor zulässig.“

Riefenhafte Anschwelen der Erwerbslosenzahl

Eine Anklage gegen das verzerrte kapitalistische System

Berlin, 14. Dezember (Eig. Meldung)

Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zahl der Erwerbslosen weiter stark gewachsen. Allein in den Städten mit über 25 000 Einwohnern beträgt der Zuwachs 62 000, in den Städten mit unter 25 000 Einwohnern beträgt der Zuwachs 90 000. Die Zahl der Wohlfahrtsverweiskinder am 30. November war 1,5 Millionen. Auch in Sachsen, wo die Erwerbslosenziffer etwa 650 000 Erwerbslose umfaßt, ist ein unvorstellbares starkes Anwachsen besonders der Wohlfahrtsverweiskinder zu verzeichnen.

Diese Zahlen sind Dokumente des kapitalistischen Systems, der auch durch Notverordnungen nicht gebannt wird und eine furchtbare Anklage gegen das verzerrte kapitalistische System erhebt.

Demonstrationen in Berlin

Berlin, 14. Dez. (Eig. Meld.)

Am Sonnabend kam es in allen Stadtteilen zu zahlreichen Demonstrationen gegen die Notverordnung. In den Stadtteilen der Berliner Innenstadt und des Berliner Ostens beteiligten sich Hunderte von Arbeitern. Auch in den Arbeiterwohnvierteln bildeten sich Demonstrationen. 35 Arbeiter wurden verhaftet. Die Polizei fand daraufhin am sogenannten „Silbernen Sonntag“ in ganz Berlin in erhöhter Alarmbereitschaft, weil sie, wie die „Welt am Montag“ schreibt, „von einer kommunistischen Demonstration Wind bekommen“ habe. In Straßensperren, zu Fuß und Pferde war sie in der Stadt zusammengezogen. Zu Zusammenstößen ist es am Sonntag nicht gekommen.